



Brandenburgische Technische Universität Cottbus

---

01/1998

Mitteilungen

30.03.1998

Amtsblatt der BTU Cottbus

---

## INHALT

Seite

- |    |   |   |
|----|---|---|
| 1. | Grundordnung<br>der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus | 2 |
|----|---|---|

---

Herausgeber:	Der Rektor der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus
Redaktion:	Dezernat Bau und Betriebstechnik
Druck:	BTU Cottbus
Auflage:	300

# Grundordnung

## der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus

in der Fassung vom 12.11.1997

Das Konzil der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus (BTU) hat gemäß § 83 Abs.1 Nr.2 i.V.m. § 3 Abs.1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Brandenburg-Brandenburgisches Hochschulgesetz (BbgHG) vom 24.06.1991 (GVBl. S.156; zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.05.1996, GVBl.I S.173) folgende Grundordnung beschlossen:\*

### Inhaltsübersicht

#### 1. Abschnitt: Allgemeines

- § 1 Rechtsstellung
- § 2 Freiheit der Wissenschaft
- § 3 Aufgaben der BTU
- § 4 Gliederung der BTU
- § 5 Mitglieder der BTU
- § 6 Ehrensenatoren

#### 2. Abschnitt: Hochschulgremien

- § 7 Gruppenvertretung
- § 8 Verfahrensregeln für die Gremien
- § 9 Amtszeiten

#### 3. Abschnitt: Hochschulleitung

- § 10 Aufgaben und Rechte des Rektorats
- § 11 Aufgaben und Rechte des Rektors
- § 12 Wahl des Rektors
- § 13 Prorektoren
- § 14 Kanzler

#### 4. Abschnitt: Zentrale Organe

- § 15 Konzil
- § 16 Senat
- § 17 Aufgaben des Senats
- § 18 Ständige Kommissionen des Senats
- § 19 Kuratorium

#### 5. Abschnitt: Zentrale Beauftragte

- § 20 Gleichstellungsbeauftragte
- § 21 Beauftragter für Behinderte
- § 22 Datenschutzbeauftragter

#### 6. Abschnitt: Fakultäten

- § 23 Mitglieder der Fakultät
- § 24 Fakultätsrat
- § 25 Dekan
- § 26 Wahl des Dekans
- § 27 Prodekan
- § 28 Arbeitsbereiche
- § 29 Berufungskommission

#### 7. Abschnitt: Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten

- § 30 Errichtung und Organisation
- § 31 Leitung der Einrichtungen
- § 32 Universitätsrechenzentrum und Universitätsbibliothek
- § 33 An-Institute

#### 8. Abschnitt: Haushalt

- § 34 Beitrag zum Haushaltsvoranschlag
- § 35 Mittelverteilung

#### 9. Abschnitt: Schlußvorschriften

- § 36 Änderung der Grundordnung
- § 37 Inkrafttreten

---

\* Frauen führen Funktions-, Status- und andere Bezeichnungen nach dieser Grundordnung soweit möglich in weiblicher Form.

## **1. Abschnitt: Allgemeines**

### **§ 1 Rechtsstellung**

Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus (BTU) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und zugleich Einrichtung des Landes Brandenburg mit dem Recht der Selbstverwaltung im Rahmen der Gesetze. Sie ordnet ihre Angelegenheiten nach den in dieser Grundordnung niedergelegten Grundsätzen.

### **§ 2 Freiheit der Wissenschaft und der Kunst, der Lehre, des Studiums und der Forschung**

Die BTU ist verantwortlich, Wissenschaft und Kunst in freier Lehre, freiem Studium und freier Forschung zu pflegen. Sie tritt dafür ein, daß alle Mitglieder die Freiheit der Wissenschaft und der Kunst, der Lehre, des Studiums und der Forschung unbehindert wahrnehmen können.

### **§ 3 Aufgaben der BTU**

Die BTU hat folgende Aufgaben:

1. Pflege und Entwicklung der Wissenschaften und Künste durch Lehre, Studium und Forschung, insbesondere Förderung von interdisziplinärer Zusammenarbeit;
2. Aus- und Weiterbildung für berufliche Tätigkeiten, die eine wissenschaftliche Qualifikation erfordern;
3. Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses;
4. Unterstützung der Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Unternehmen und Institutionen zur Förderung von Forschung, Lehre und Studium;
5. Förderung der internationalen Zusammenarbeit in Wissenschaft und Kunst durch Pflege von Kontakten zu ausländischen Hochschulen, insbesondere zu denen im benachbarten Ausland;
6. Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse ausländischer Studierender;
7. Mitwirkung an der sozialen Förderung der Studenten;
8. Ermöglichung einer fremdsprachlichen Weiterbildung der Studenten;

9. Sicherung gleicher Entwicklungschancen für Frauen und Männer und Beseitigung bestehender Benachteiligungen für Frauen;
10. Besondere Unterstützung von Mitgliedern der BTU mit Behinderung;
11. Förderung der Kultur und des Sports innerhalb der BTU;
12. Unterrichtung der Öffentlichkeit über Ziele und Aufgaben der BTU sowie über deren Erfüllung;
13. Förderung des wissenschaftlichen und kulturellen Lebens in der Stadt Cottbus und im Land Brandenburg.

### **§ 4 Gliederung der BTU**

Die BTU gliedert sich in

1. die zentrale Ebene, bestehend aus
  - dem Konzil,
  - dem Senat,
  - dem Rektorat,
  - den zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten,
  - der Universitätsverwaltung,
2. die Fakultätsebene, bestehend aus
  - den Fakultäten als organisatorische Grundeinheiten für Forschung und Lehre mit den dazugehörigen Professuren,
  - den wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten der Fakultäten.

### **§ 5 Mitglieder der BTU**

(1) Mitglieder der BTU sind:

1. das hauptberuflich an der BTU tätige wissenschaftliche Personal bestehend aus
  - den Professoren,
  - den Hochschuldozenten,
  - den wissenschaftlichen und künstlerischen Assistenten
  - den Oberassistenten,
  - den Oberingenieuren,
  - den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern,
  - den Lehrkräften für besondere Aufgaben,

2. die hauptberuflich an der BTU tätigen sonstigen Mitarbeiter,
3. die an der BTU eingeschriebenen Studenten,
4. die den vorgenannten Mitgliedern gleichgestellten Personen gemäß § 76 Abs.2 BbgHG, wobei die Zustimmung durch den Senat erteilt sein muß,

(2) Mitglieder mit lediglich aktivem Wahlrecht sind:

- die nebenberuflich tätigen Honorarprofessoren,
- die außerplanmäßigen Professoren,
- die Lehrstuhlvertreter,
- die Gastprofessoren und sonstige gastweise tätige Lehrkräfte,
- die wissenschaftlichen Hilfskräfte.

## § 6 Ehrensenatoren

Ehrensenatoren können nach Maßgabe der Ehrenordnung der BTU ernannt werden.

## 2.Abschnitt: Hochschulgremien

### § 7 Gruppenvertretung

Für die Vertretung in den Hochschulgremien bilden

1. die Professoren einschließlich der außerplanmäßigen, der Honorar- und der Gastprofessoren, der Lehrstuhlvertreter und der Hochschuldozenten,
2. die Studenten,
3. die Oberassistenten, die Oberingenieure, die Privatdozenten, die wissenschaftlichen und künstlerischen Assistenten, die wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter, die Lehrkräfte für besondere Aufgaben, die Lehrbeauftragten, die sonstigen gastweise tätigen Lehrkräfte sowie die sonstigen Angehörigen des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals,
4. die sonstigen Mitarbeiter

jeweils eine Gruppe.

## § 8 Verfahrensregeln für die Gremien

1. Der Vorsitz in Hochschulgremien wird durch das BbgHG oder diese Grundordnung geregelt. Die Nachrücker- und Stellvertreterregelungen erfolgen in der Wahlordnung.

2. Die Wahl zum Vorsitzenden von Gremien erfolgt mit der Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder, soweit gesetzlich oder durch die Ordnungen der BTU nichts anderes vorgesehen ist.

3. Der Vorsitzende vertritt das Gremium und führt dessen Beschlüsse aus. Er bereitet dessen Sitzungen vor und stellt die Tagesordnung auf. In unaufschiebbaren Angelegenheiten, in denen ein Beschluß nicht rechtzeitig eingeholt werden kann, entscheidet der Vorsitzende, wenn nicht diese Grundordnung etwas anderes vorsieht; die Entscheidungsbefugnis gilt nicht für Wahlen und die Ernennung von Beauftragten. Die Entscheidung ist dem Gremium unverzüglich zur nachträglichen Bestätigung vorzulegen.

4. Der Vorsitzende des Gremiums sorgt dafür, daß ein Protokoll geführt wird, welches der Genehmigung des Gremiums bedarf.

5. Das Gremium ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder des Gremiums sowie Vertreter von mehr als einer Gruppe anwesend sind. Bei Beschlußunfähigkeit wird die Sitzung vertagt. Näheres regeln die Ordnungen der Gremien.

6. Außerordentliche Sitzungen des Gremiums sind einzuberufen, wenn für die Funktionsfähigkeit der BTU grundlegende Entscheidungen zu treffen sind oder wenn 1/3 der Mitglieder des Gremiums dies unter Angabe der zu behandelnden Tagesordnungspunkte verlangen. Einladungs- und Bekanntmachungsfristen regeln die Ordnungen der Gremien.

7. Jedes anwesende Mitglied des Gremiums kann ein Sondervotum einbringen, welches im Protokoll erfaßt wird und bei Beschlüssen, die an anderer Stelle vorgelegt werden, mit hinzuzufügen ist.

8. Die Tagesordnungen für die Sitzungen von Konzil, Senat und Fakultätsrat sind durch öffentlichen Aushang bekannt zu machen.

9. Die Gremien tagen hochschulöffentlich, soweit gesetzlich oder in den Ordnungen der BTU nichts anderes vorgesehen ist. Der Vorsitzende kann die Öffentlichkeit ausschließen, wenn die Aufrechterhaltung der Ordnung oder sonstige rechtliche Gründe dies erfordern. Näheres regeln die Ordnungen der Gremien.

10. Gremienmitglieder sind in jenen Angelegenheiten zur Verschwiegenheit verpflichtet, die ihnen als Träger dieser Funktion bekannt geworden sind und deren Vertraulichkeit sich aus Rechtsvorschriften, aufgrund besonderer Beschlußfassung des zuständigen Gremiums oder aus der Natur des Gegenstandes ergibt.

11. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt, soweit gesetzlich oder durch die Ordnungen der BTU nichts anderes vorgesehen ist. Diese Mehrheit ist erreicht, wenn die Zahl der Ja-Stimmen die der Nein-Stimmen übersteigt. Stimmenenthaltungen und ungültige Stimmen gelten nicht als abgegebene Stimmen. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

## **§ 9 Amtszeiten**

(1) Die Amtszeit von Funktionsträgern und Gremien beträgt zwei Jahre, soweit gesetzlich oder durch diese Grundordnung nichts anderes bestimmt ist.

(2) Amtsinhaber üben ihr Amt nach Ablauf der Amtszeit weiter aus, bis Nachfolger gewählt worden sind und ihr Amt angetreten haben.

## **3. Abschnitt: Hochschulleitung**

### **§ 10 Aufgaben und Rechte des Rektorats**

(1) Das Rektorat besteht aus dem Rektor als Vorsitzenden, den drei Prorektoren und dem Kanzler. Es leitet die BTU. In Ausübung dieser Aufgabe obliegen ihm alle Angelegenheiten der BTU, soweit nicht ausdrücklich eine andere Zuständigkeit festgelegt ist. Es bereitet die Sitzungen des Senats vor und führt dessen Beschlüsse aus.

In unaufschiebbaren Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, in denen ein Beschluß des Senats nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, entscheidet das Rektorat in unabdingbarem Umfang; das gilt nicht für die Wahlen und die Ernennung von Beauftragten. Die Entscheidung ist dem Senat unverzüglich zur nachträglichen Bestätigung vorzulegen.

(2) Das Rektorat wirkt darauf hin, daß die übrigen Organe, Gremien und Funktionsträger ihre Aufgaben wahrnehmen und die Mitglieder der BTU ihre Pflichten erfüllen. Es legt jährlich Rechenschaft über die Erfüllung der Aufgaben der BTU vor dem Konzil ab.

(3) Das Rektorat hat rechtswidrige Beschlüsse, Maßnahmen oder Unterlassungen anderer Hochschulorgane und sonstiger Stellen der BTU zu beanstanden. Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung. Wird innerhalb einer zu bestimmenden angemessenen Frist keine Abhilfe geschaffen, so hat das Rektorat den Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg zu unterrichten.

(4) Das Rektorat gibt sich mit der Mehrheit seiner Mitglieder eine Geschäftsordnung.

### **§ 11 Aufgaben und Rechte des Rektors**

(1) Der Rektor vertritt die BTU nach außen. Er ist Vorsitzender des Senats und des Rektorats und leitet deren Geschäfte. Er wird nach Maßgabe der Geschäftsordnung des Rektorats durch die Prorektoren vertreten, in Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten wird er durch den Kanzler vertreten. Der Rektor ist Dienstvorgesetzter des in § 43 Abs.2 S.1 BbgHG genannten Hochschulpersonals.

(2) In unaufschiebbaren Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung, in denen weder ein Beschluß des Senats noch des Rektorats rechtzeitig herbeigeführt werden kann, entscheidet der Rektor in unabdingbarem Umfang; das gilt nicht für die Wahlen und die Ernennung von Beauftragten. Die Entscheidung ist dem Senat unverzüglich zur nachträglichen Bestätigung vorzulegen.

(3) Der Rektor kann die Ausübung seines Hausrechtes nach näherer Maßgabe der Hausordnung auf die Professoren im Rahmen ihrer Lehrtätigkeit sowie für ihre Bereiche auf die Leiter der zentralen Einrichtungen und der Außenstellen der BTU übertragen.

## **§ 12 Wahl des Rektors**

(1) Der Rektor ist aus dem Kreis der der BTU angehörenden hauptberuflichen Professoren, die in einem ständigen Dienstverhältnis zur BTU stehen, zu wählen. Er muß aufgrund einer mehrjährigen verantwortlichen beruflichen Tätigkeit, insbesondere in Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung oder Rechtspflege erwarten lassen, daß er den Aufgaben des Amtes gewachsen ist. Seine Amtszeit beträgt vier Jahre. Die Wiederwahl des Rektors ist zweimal zulässig.

(2) Der Senat schlägt dem Konzil zu Beginn des letzten Amtsjahres des Rektors mindestens zwei, höchstens drei Bewerber zur Wahl vor. Der Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur ist rechtzeitig vor der Wahl über den Vorschlag zu unterrichten. Das Konzil wählt in geheimer Wahl nach Aussprache einen Vorgeschlagenen zum Rektor, der vom Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur bestellt wird. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der Mitglieder des Konzils auf sich vereinigt. Kommt eine Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, findet zwischen den Bewerbern, die im zweiten Wahlgang die beiden höchsten Stimmenergebnisse erzielt haben, ein dritter Wahlgang statt, in dem gewählt wird, wer die meisten Stimmen erhält. Der Gewählte ist unverzüglich zu fragen, ob er die Wahl annimmt. Die Annahme kann nicht unter Bedingungen oder Vorbehalten erklärt werden.

Kommt eine Wahl auch im dritten Wahlgang nicht zustande, so muß die Wahl von Anfang an wiederholt werden. Dem Senat ist Gelegenheit zu geben, den Wahlvorschlag zu bestätigen oder einen neuen Vorschlag zu unterbreiten.

(3) Das Amt des Rektors ist unvereinbar mit den Ämtern des Dekans, des Prodekan, des Konzilsvorsitzenden, des Leiters einer zentralen Einrichtung und mit der Mitgliedschaft als Professorenvertreter im Senat. Mit der Amtsübernahme scheidet der Rektor aus diesen Ämtern aus.

## **§ 13 Prorektoren**

(1) Es ist jeweils ein Prorektor für

- Lehre, Studium und Studienreform,
- Struktur, Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs,
- Planung und Finanzen

zu bestellen.

(2) Die Prorektoren werden vom Konzil auf Vorschlag des Senats gewählt und vom Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur bestellt. Der Rektor kann dem Senat eigene Kandidaten vorschlagen. Der Senat ist dadurch in seinem Vorschlagsrecht gegenüber dem Konzil nicht gebunden. Die Amtszeit der Prorektoren beträgt vier Jahre. Sie endet jedoch spätestens mit der Amtszeit des Rektors.

(3) § 12 Absätze 1, 2 und 3 gelten entsprechend.

## **§ 14 Kanzler**

(1) Der Kanzler leitet als Mitglied des Rektorats die Verwaltung der BTU und führt die laufenden Geschäfte der Verwaltung.

(2) Der Kanzler ist Beauftragter für den Haushalt.

(3) Er ist Dienstvorgesetzter des in § 43 Abs.2 S.2 BbgHG genannten Hochschulpersonals.

## **4. Abschnitt: Zentrale Organe**

### **§ 15 Konzil**

(1) Aufgaben des Konzils sind:

1. Wahl des Rektors und der Prorektoren auf Vorschlag des Senats,
2. Erarbeitung, Erlaß und Änderung der Grundordnung,
3. Beratung des jährlichen Rechenschaftsberichts des Rektorats und Stellungnahme zu diesem Bericht,
4. die Erörterung und Beschlußfassung der langfristigen Entwicklungsempfehlungen der Hochschule.

Das Konzil kann zu seiner Unterstützung im Rahmen der Aufgaben nach Satz 1 Ausschüsse und Kommissionen bilden.

(2) Mitglieder des Konzils sind 16 Angehörige der Gruppe der Professoren, sechs Vertreter der Gruppe nach § 7 Nr.3, sechs Studierende und drei sonstige Mitarbeiter.

(3) Die Wahlen zum Konzil erfolgen nach Maßgabe der Wahlordnung.

(4) Das Konzil wählt aus seiner Mitte einen Vorstand, bestehend aus dem Vorsitzenden des Konzils und stellvertretenden Vorsitzenden aus den verschiedenen Gruppen. Das Nähere regelt die Konzilsverfahrensordnung.

(5) Das Konzil wird mindestens einmal jährlich einberufen. Es ist außerdem einzuberufen, wenn für die Funktionsfähigkeit der BTU grundlegende Entscheidungen nach Absatz 1 zu treffen sind oder wenn 1/3 der Konzilsmitglieder dies unter Angabe der zu behandelnden Tagesordnungspunkte verlangt.

## § 16 Senat

(1) Mitglieder des Senats sind:

1. der Rektor als Vorsitzender,
2. fünf Vertreter der Gruppe der Professoren,
3. zwei Studenten,
4. zwei Vertreter der Gruppe nach § 7 Nr. 3,
5. ein sonstiger Mitarbeiter.

(2) Mit Rederecht nehmen die Dekane an den Sitzungen des Senats teil, sofern sie nicht bereits Mitglied nach Absatz 1 sind.

(3) Vor der Beschlußfassung des Senats über Angelegenheiten, die eine zentrale Einrichtung unmittelbar berühren, ist deren Leiter Gelegenheit zur Teilnahme an den Beratungen zu geben.

(4) Die Wahl der Mitglieder des Senates erfolgt nach Maßgabe der Wahlordnung, die eine angemessene Verteilung der Sitze auf die Fakultäten anstrebt.

## § 17 Aufgaben des Senats

Der Senat ist für Angelegenheiten in Forschung, Lehre und Studium zuständig, welche die gesamte Universität oder zentrale Einrichtungen betreffen oder von grundsätzlicher Bedeutung sind.

Aufgaben des Senats sind insbesondere:

1. die Beschlußfassung über Satzungen und Ordnungen der BTU, soweit das BbgHG nichts anderes bestimmt, sowie die Beschlußfassung über die Zustimmung zu den Satzungen und Ordnungen der Fakultäten,
2. der Erlaß einer Habilitations- und einer Promotionsordnung auf Vorschlag der zuständigen Fakultät,
3. der Erlaß der Wahlordnung, der Bibliotheksordnung, der Ordnung für das Hochschulrechenzentrum sowie der Ordnungen der anderen zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten,
4. die Beschlußfassung über Vorschläge an das Konzil zur Änderung der Grundordnung,
5. die Beschlußfassung über Vorschläge an den Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur zur Errichtung, Änderung und Aufhebung von Fakultäten mit den Stimmen von mindestens 2/3 der Mitglieder des Senats und 2/3 der Stimmen der Professoren des Senats,
6. die Beschlußfassung zur Errichtung, Änderung, Aufhebung und Organisation von wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten, die der Genehmigung des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur bedarf, mit den Stimmen von mindestens 2/3 der Mitglieder des Senats und 2/3 der Stimmen der Professoren des Senats,
7. die Beschlußfassung über die befristete Einsetzung gemeinsam beschließender Kommissionen auf Vorschlag der beteiligten Fakultätsräte,
8. Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung in Fragen der Forschung und der Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses,
9. Anträge auf Einrichtung, Ausstattung und Entwicklung sowie Entscheidung über die Zuordnung von Sonderforschungsbereichen,
10. die Behandlung von Grundsatzfragen der Neuordnung des Hochschulwesens und der Studienreform,

11. die Aufstellung von Grundsätzen für Lehre, Studium, Studienorganisation und Prüfungen sowie die Stellungnahme zu Studien- und Prüfungsordnungen,
12. die Festsetzung von Zulassungszahlen,
13. Entscheidungen über die Betreuung ausländischer Studenten durch die sozialen Einrichtungen der BTU sowie über studienvorbereitende und -begleitende Maßnahmen,
14. die Beschlußfassung über die Vorschläge der Fakultäten für die Berufung von Professoren,
15. die Beschlußfassung über die Vorschläge für die Wahl des Rektors sowie über die Vorschläge für die Wahl der Prorektoren,
16. die Beschlußfassung über die Vorschläge zur Ernennung des Kanzlers,
17. die Bestellung der Leiter der zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten im Einvernehmen mit dem Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur,
18. die Beschlußfassung über die Hochschulentwicklungspläne und die Ausbildungspläne auf der Grundlage der langfristigen Entwicklungsempfehlungen des Konzils,
19. die Zustimmung über die Einräumung von Mitgliedschaften in mehreren Fakultäten,
20. die Stellungnahme zum Entwurf des Haushaltsplanes,
21. die Beschlußfassung über die Verteilung und die Kontrolle über die Verwendung der Personal- und Sachmittel auf die Fakultäten und anderen Organisationseinheiten, sowie der zentralen Mittel,
22. die Bestellung der Gleichstellungsbeauftragten und deren Stellvertreterin,
23. die Wahl eines Beauftragten für Behinderte auf Vorschlag der Mitglieder mit Behinderung,
24. die Beschlußfassung über Frauenförderrichtlinien und über den Bericht zu deren Umsetzung,
25. die Beschlußfassung zur Einrichtung und Änderung von Studiengängen die der Genehmigung des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur bedarf, mit den Stimmen von mindestens 2/3 der Mitglieder des Senats,
26. die Mitwirkung bei der Entscheidung des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur über die Aufhebung von Studiengängen,
27. die Beschlußfassung zur Einführung von weiterbildenden Studien,
28. die Koordinierung der Tätigkeit von Fakultäten und sonstigen Einrichtungen der BTU,

29. die Verleihung der Würde eines Ehrensensors sowie die Zustimmung zur Verleihung von Ehrentiteln nach der Promotionsordnung.

## **§ 18 Ständige Kommissionen des Senats**

(1) Zur Vorbereitung von Beschlüssen des Senats und zur Beratung des Rektorats bildet der Senat folgende Ständige Kommissionen:

- die Kommission für Lehre, Studium und Studienreform,
- die Kommission für Struktur, Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs,
- die Kommission für Planung und Finanzen.

(2) Der Ständigen Kommission für Lehre, Studium und Studienreform gehören der hierfür bestimmte Prorektor als Vorsitzender, drei Professoren, ein Vertreter der Gruppe nach § 7 Nr.3 und zwei Studierende an. Der Ständigen Kommission für Struktur, Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs gehören der hierfür bestimmte Prorektor als Vorsitzender, fünf Professoren, drei Vertreter der Gruppe nach § 7 Nr.3, ein Studierender sowie ein sonstiger Mitarbeiter an. Der Ständigen Kommission für Planung und Finanzen gehören der hierfür bestimmte Prorektor als Vorsitzender, fünf Professoren, zwei Vertreter der Gruppe nach § 7 Nr.3, zwei Studierende und ein sonstiger Mitarbeiter an.

(3) Der Senat kann weitere ständige Kommissionen oder Ausschüsse bilden. Er bildet als ständige Ausschüsse mindestens den EDV-Ausschuß und den Bibliotheksausschuß.

(4) Die Wahlmitglieder der Ständigen Kommissionen und Ausschüsse werden von ihren Gruppenvertretern benannt. Ihre Amtszeit beträgt zwei Jahre.

## **§ 19 Kuratorium**

(1) Das Kuratorium hat die Aufgabe, die BTU durch geeignete Maßnahmen in ihrer weiteren Entwicklung zu unterstützen und ihre regionale Einbindung zu fördern.



(2) Im Rahmen des Absatz 1 hat das Kuratorium insbesondere folgende Aufgaben:

1. Stellungnahme zu den Berichten des Rektorats über die Struktur- und Entwicklungsplanung und andere Angelegenheiten, die die weitere Entwicklung der BTU und ihre Einbindung in die Region betreffen,
2. Abgabe von Empfehlungen und Stellungnahmen aus der Sicht der Öffentlichkeit zu Angelegenheiten, die für die BTU von grundsätzlicher Bedeutung sind.

(3) Zu den Empfehlungen des Kuratoriums nimmt das Rektorat in angemessener Frist Stellung.

(4) Mitglieder des Kuratoriums sind:

1. die Mitglieder des Rektorats mit beratender Stimme,
2. ein von der Stadtverordnetenversammlung Cottbus zu benennender Vertreter,
3. mindestens sechs, höchstens zehn unabhängige Persönlichkeiten, die geeignet sind, die Universität zu fördern und die nicht Mitglieder der BTU sein dürfen; sie werden vom Senat vorgeschlagen und gewählt,
4. drei aus der Mitte des Senats gewählte Mitglieder mit beratender Stimme.

(5) Die zu wählenden Mitglieder werden für eine Amtszeit von drei Jahren gewählt.

(6) Ein Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur ist zu den Sitzungen einzuladen.

(7) Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

## **5. Abschnitt: Zentrale Beauftragte**

### **§ 20 Gleichstellungsbeauftragte**

(1) Der Senat bestellt im Rahmen der Aufgaben nach § 4 Abs.5 S.1 BbgHG eine Gleichstellungsbeauftragte und deren Stellvertreterin. Diese werden von den weiblichen Mitgliedern der BTU gewählt.

Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Für die Stellvertreterin kann die Amtszeit, wenn es sich um ein studentisches Mitglied handelt, bis auf ein Jahr verkürzt werden. Wiederwahl ist zulässig. Eine Abwahl ist möglich.

(2) Die Gleichstellungsbeauftragte schlägt spätestens zwei Monate vor Ablauf ihrer Amtszeit mindestens vier Kandidatinnen zur Wahl der neuen Gleichstellungsbeauftragten und deren Stellvertreterin vor. Als Gleichstellungsbeauftragte ist gewählt, wer die meisten Stimmen erhält. Stellvertreterin wird die Kandidatin mit dem zweithöchsten Stimmenergebnis. Bei Stimmengleichheit findet eine Stichwahl statt.

(3) Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt auf die Beseitigung der strukturellen Benachteiligung von Frauen an der Universität hin, d.h. sie ist in allen personellen und strukturellen Maßnahmen zu beteiligen, soweit sie die Gleichstellung von Frauen und Männern betreffen. Sie berät und unterstützt die Universitätsleitung und übrigen Organe und Einrichtungen der Universität in allen Frauen betreffenden Angelegenheiten, insbesondere bei der Erstellung und Kontrolle von Frauenförderrichtlinien und Frauenförderplänen. Im Rahmen dieser Aufgabe unterstützt sie die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Pressestelle der BTU.

(4) Die Gleichstellungsbeauftragte hat das Recht auf notwendige und sachdienliche Informationen. Sie hat Antrags- und Rederecht in allen Gremien und kann gegenüber allen Organen der BTU zu allen Angelegenheiten Stellung nehmen, die die Gleichstellung von Frauen und Männern betreffen. Sie nimmt an der Beratung solcher Angelegenheiten in den Gremien der BTU teil und berichtet dem Senat regelmäßig über ihre Tätigkeit.

(5) Für die Fakultäten, zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen, zentralen Betriebseinheiten und die Universitätsverwaltung können weitere Vertreterinnen durch das jeweils zuständige Leitungsgremium auf Vorschlag der Gleichstellungsbeauftragten und in Abstimmung mit den weiblichen Mitgliedern des betreffenden Bereichs bestellt werden. Sie bilden den Gleichstellungsrat, unterstützen die Gleichstellungsbeauftragte und vertreten sich gegenseitig bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

(6) Die Gleichstellungsbeauftragte ist zur Ausübung ihres Amtes von ihren sonstigen Dienstaufgaben auf Antrag angemessen freizustellen. Die Gleichstellungsbeauftragte, ihre Stellvertreterin und der Gleichstellungsrat sind mit den zu ihrer Aufgabenerfüllung notwendigen Mitteln auszustatten.

## **§ 21 Beauftragter für Behinderte**

(1) Der Senat ist zuständig für die Wahl eines Beauftragten für Behinderte auf Vorschlag der Mitglieder der BTU mit Behinderung.

(2) Der Beauftragte für Behinderte wird für die Dauer von vier Jahren gewählt. Eine Abberufung ist möglich.

(3) Aufgaben und Rechte des Beauftragten für Behinderte:

1. Mitwirkung bei der Organisation der Studien- und Arbeitsbedingungen nach den Bedürfnissen behinderter Mitglieder.
2. Er hat das Recht auf notwendige und sachdienliche Information sowie Antrags- und Rederecht in allen Gremien, soweit die Belange der Behinderten berührt sind.
3. Stellungnahme gegenüber der BTU in allen Angelegenheiten, welche die Belange der Behinderten berühren.
4. Der Beauftragte für Behinderte berichtet dem Senat regelmäßig über seine Tätigkeit.
5. Beratung des Senats in allen Angelegenheiten, welche die Belange der Behinderten berühren.

## **§ 22 Datenschutzbeauftragter**

Der Senat wählt einen Datenschutzbeauftragten für eine Amtszeit von vier Jahren. Der Senat legt dessen Rechte und Pflichten im Rahmen des Landesdatenschutzgesetzes des Landes Brandenburg näher fest.

# **6. Abschnitt: Fakultäten**

## **§ 23 Mitglieder der Fakultät**

(1) Mitglieder einer Fakultät sind die ihr zugeordneten Mitglieder der Hochschule. § 5 gilt entsprechend.

(2) Die Mitgliedschaft in mehreren Fakultäten bedarf der Zustimmung der Fakultätsräte der betroffenen Fakultäten sowie der Zustimmung des Senats. Vor der Beschlußfassung in den beteiligten Fakultätsräten hat der Betroffene verbindlich zu Protokoll zu erklären, in welcher Fakultät er im Falle der Mehrfachmitgliedschaft sein Wahlrecht ausüben wird.

Studenten mehrerer Studiengänge verschiedener Fakultäten haben sich bei der Einschreibung bzw. Rückmeldung für die Zugehörigkeit zu einer Fakultät zu entscheiden. Das gleiche gilt, wenn ein Studiengang mehreren Fakultäten zugeordnet ist.

## **§ 24 Fakultätsrat**

(1) Mitglieder des Fakultätsrats sind:

1. der Dekan als Vorsitzender,
2. fünf weitere Vertreter der Gruppe der Professoren,
3. zwei Studenten,
4. zwei Vertreter der Gruppe nach § 7 Nr. 3,
5. ein sonstiger Mitarbeiter.

(2) Der Fakultätsrat ist, soweit das BbgHG oder diese Grundordnung nichts anderes bestimmen, für alle Aufgaben der Fakultät zuständig, insbesondere für:

1. die Beschlußfassung über die Prüfungs- und Studienordnungen der Fakultät,
2. die Vorschläge an den Senat zum Erlaß der Habilitations- und der Promotionsordnung,
3. die Durchführung von Habilitationen und Promotionen,
4. Berufungsvorschläge an den Senat,
5. Anträge an das Rektorat auf Verleihung der Würde eines außerplanmäßigen Professors,
6. die Beschlußfassung über die Verleihung der Würde eines Ehrendoktors nach der Promotionsordnung,
7. Vorschläge an den Senat zur Errichtung, Änderung und Aufhebung von wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten mit den Stimmen von mindestens 2/3 der Mitglieder des Fakultätsrates und 2/3 der Stimmen der Professoren des Fakultätsrates,
8. die Bestellung der Leitung wissenschaftlicher Einrichtungen und Betriebseinheiten bei Fakultätseinrichtungen gem. § 93 Abs. 4 BbgHG,

9. die Wahl des Dekans und des Prodekan,
10. Erlaß und Änderung der Fakultätsordnung sowie der sonstigen Ordnungen der Fakultät,
11. die Beschlußfassung über Mehrfachmitgliedschaften gemäß § 23 Abs. 2,
12. Koordination von Lehre und Forschung, insbesondere Entscheidungen nach § 12 Abs. 2 BbgHG über die Übertragung von Lehrveranstaltungen,
13. Beschlußfassung über die Verteilung der der Fakultät zugewiesenen Stellen und Mittel,
14. Gewährleistung der Vollständigkeit des Lehrangebots entsprechend den Studien- und Prüfungsordnungen,
15. Erarbeitung und Fortschreibung eines Fakultätsprofils, das als Baustein in die langfristigen Entwicklungsempfehlungen und Strukturpläne der Hochschule einfließt.

(3) Vor der Beschlußfassung des Fakultätsrates über Angelegenheiten, die eine wissenschaftliche Einrichtung oder Betriebseinheit der Fakultät unmittelbar berühren, ist deren Leitung Gelegenheit zu geben, an den Beratungen teilzunehmen. Zu den sie betreffenden Entscheidungen des Fakultätsrates kann sie Sondervoten abgeben. Die gleichen Rechte haben alle Professoren bei der Beschlußfassung des Fakultätsrates über Angelegenheiten, die ihr Fach oder ihre Dienstaufgaben berühren. Bei der Beratung von Fragen eines Faches, das im Fakultätsrat nicht durch einen Professor vertreten ist, ist mindestens einem Professor dieses Faches Gelegenheit zu geben, an den Beratungen teilzunehmen.

(4) An der Beschlußfassung über Berufungsvorschläge, Habilitationen und Habilitations- und Promotionsordnungen können alle Mitglieder der Gruppe der Professoren, die Mitglied der Fakultät sind, stimmberechtigt mitwirken. Bei der Berechnung von Mehrheiten gelten sie als Mitglied des Fakultätsrates, soweit sie an der Beschlußfassung mitgewirkt haben.

(5) Die Mitglieder des Fakultätsrates werden von den Mitgliedern der Fakultät nach Maßgabe der Wahlordnung gewählt. Die Wahlordnung kann nach Möglichkeit eine angemessene Berücksichtigung der fachlichen Gliederung sicherstellen.

## § 25 Dekan

(1) Der Dekan vertritt die Fakultät und führt deren Geschäfte in eigener Zuständigkeit. Er wirkt darauf hin, daß die Mitglieder der Fakultät ihre dienstlichen Aufgaben, insbesondere ihre Lehr- und Prüfungsverpflichtungen, ordnungsgemäß erfüllen. Er erledigt die laufenden Personal- und Verwaltungsangelegenheiten der Fakultät. Er ist berechtigt, dem Personal, soweit es nicht Professoren oder Einrichtungen der Fakultät zugewiesen ist, Weisungen zu erteilen.

(2) Der Dekan ist Vorsitzender des Fakultätsrates. Er bereitet die Beschlüsse des Fakultätsrates vor und führt sie durch. Hinsichtlich der Ausführung der Beschlüsse ist er rechenschaftspflichtig. Hält er einen Beschluß für rechtswidrig, so unterrichtet er unverzüglich das Rektorat.

## § 26 Wahl des Dekans

Der Dekan wird vom Fakultätsrat aus dem Kreis der ihm angehörenden Professoren für eine Amtszeit von zwei Jahren gewählt. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der Fakultätsratsmitglieder und die Mehrheit der Stimmen der Professoren des Fakultätsrates auf sich vereint. Kommt danach eine Wahl auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, findet zwischen den Bewerbern, die im zweiten Wahlgang die beiden höchsten Stimmenergebnisse erzielt haben, ein dritter Wahlgang statt, in dem gewählt wird, wer die Mehrheit der Stimmen der Professoren auf sich vereint. Kommt eine Wahl auch im dritten Wahlgang nicht zustande, so muß die Wahl von Anfang an wiederholt werden.

## § 27 Prodekan

(1) Der Prodekan vertritt den Dekan nach Maßgabe der Fakultätsordnung. Er ist aus dem Kreis der dem Fakultätsrat angehörenden Professoren für eine Amtszeit von zwei Jahren zu wählen. § 12 Abs. 2 Sätze 4 bis 8 gelten entsprechend. Seine Amtszeit endet spätestens mit der Amtszeit des Dekans.

(2) Die Vertretung des Prodekan regelt die Fakultätsordnung.

## **§ 28 Arbeitsbereiche der Fakultäten**

Zur wirkungsvolleren Erfüllung der Aufgaben der Fakultäten in Forschung und Lehre können Professuren der BTU Arbeitsbereiche bilden.

Arbeitsbereiche können fakultätsübergreifend errichtet werden. Professuren können in mehreren Arbeitsbereichen verankert sein.

Die Arbeitsbereiche arbeiten auf freiwilliger Basis mit den beteiligten Professuren zur Verfügung stehenden Stellen und Mitteln. Die Fakultätsräte entscheiden erforderlichenfalls über die Zuweisung zusätzlicher Personal- und Sachmittel sowie über deren Verwendung.

Die Bildung und Veränderung von Arbeitsbereichen sind den beteiligten Fakultätsräten und dem Senat anzuzeigen.

## **§ 29 Berufungskommission**

(1) Der Fakultätsrat bildet für die Dauer eines Berufungsverfahrens jeweils eine Berufungskommission. Auf der Grundlage des Vorschlags der Berufungskommission entscheidet der Fakultätsrat über seinen Berufungsvorschlag an den Senat.

(2) Einer Berufungskommission gehören Vertreter der Gruppe der Professoren, der Gruppe der Studenten und der Gruppe nach § 7 Nr.3 im Verhältnis 3:1:1 als stimmberechtigte Mitglieder an. Als Vertreter der Gruppe der Professoren können auch Professoren anderer Hochschulen der Berufungskommission angehören. Bei der Besetzung von Stellen für Professoren mit der Qualifikation gemäß § 52 Abs.1 Nr.4 a) oder b) BbgHG soll die Mehrheit der Professoren in der Berufungskommission die entsprechende Qualifikation besitzen.

(3) Die Mitglieder der Berufungskommission werden von den Mitgliedern des Fakultätsrates nach Gruppen getrennt gewählt.

(4) Die Berufungskommission kann Mitglieder anderer Fakultäten oder Hochschulen mit beratender Stimme hinzuziehen.

## **7. Abschnitt: Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten**

### **§ 30 Errichtung und Organisation**

(1) Wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten können unter der Verantwortung einer oder mehrerer Fakultäten gebildet werden (Fakultätseinrichtungen), soweit und solange für die Durchführung einer Aufgabe in größerem Umfang Stellen und Mittel der Fakultät ständig bereitgestellt werden müssen. Hierfür sind vorrangig die Stellen und Mittel der beteiligten Lehrstühle einzubringen. Soweit dies mit Rücksicht auf die Aufgabe, Größe oder Ausstattung zweckmäßig ist, können wissenschaftliche Einrichtungen und Betriebseinheiten auch außerhalb einer Fakultät unter der Verantwortung des Senats gebildet werden (zentrale Einrichtungen). Die Errichtung, Änderung, Aufhebung und Organisation wissenschaftlicher Einrichtungen und Betriebseinheiten bedürfen der Genehmigung des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

(2) Über die Errichtung, Änderung und Aufhebung der wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten beschließt der Senat unter Berücksichtigung der Vorschläge der verantwortlichen Fakultäten und des Rektorats. Der Errichtungsbeschluß muß Aufgaben, Personal- und Sachmittel bezeichnen. Über die Organisation der wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten beschließt der Senat unter Berücksichtigung der Vorschläge der verantwortlichen Fakultäten, des Rektorats und der betroffenen Einrichtungen.

(3) Die wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten entscheiden über die Verwendung der ihnen zugewiesenen sächlichen und personellen Mittel.

### **§ 31 Leitung der Einrichtungen**

(1) Die Leitung wissenschaftlicher Einrichtungen und Betriebseinheiten wird im Einvernehmen mit dem Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur bei Fakultätseinrichtungen vom Fakultätsrat, bei zentralen Einrichtungen vom Senat bestellt.

(2) Wissenschaftliche Einrichtungen werden durch ein Direktorium geleitet. Ihm gehören die an ihr tätigen Mitglieder der Gruppe der Professoren an. Das Direktorium wählt einen Geschäftsführenden Direktor für die Zeit von drei Jahren.

(3) Für zentrale Betriebseinheiten kann der Senat Ausschüsse bilden, die die zuständigen Stellen der Universität beraten.

(4) Für Angelegenheiten der Universitätsbibliothek und der Anwendung der Datenverarbeitung wird vom Senat jeweils ein Ausschuß gebildet. Mitglieder dieser Ausschüsse sind fünf Vertreter der Gruppe der Professoren, ein Vertreter der Gruppe nach § 7 Nr.3, ein Studierender und ein sonstiger Mitarbeiter. Bei den Vertretern der Gruppe der Professoren ist eine angemessene Berücksichtigung aller Fakultäten sicherzustellen. Der Leiter der jeweiligen Einrichtung und der Kanzler nehmen an den Sitzungen der Ausschüsse beratend teil. Die Mitglieder werden vom Senat für die Dauer von zwei Jahren nach Gruppen getrennt gewählt.

### **§ 32 Universitätsrechenzentrum und Universitätsbibliothek**

(1) Die Bibliothek und das Rechenzentrum sind zentrale Einrichtungen der BTU Cottbus. In den durch den Senat nach § 17 Nr.3 zu erlassenden Ordnungen sind einheitliche Grundsätze der Führung und Verwaltung der jeweiligen Einrichtung zu formulieren.

(2) Die Bibliothek ist einschichtig organisiert und hat die Aufgabe, Literatur und andere Informationsmittel und Medien für Forschung, Studium und Lehre zu sammeln, zu erschließen und zur Benutzung bereitzustellen.

(3) Das Rechenzentrum versorgt als zentrale Einrichtung Forschung, Studium und Lehre und Verwaltung mit Dienstleistungen der Informationsverarbeitung und der Kommunikationstechnik und arbeitet mit den DV-Verantwortlichen aller Strukturbereiche zusammen. Es wirkt gemeinsam mit dem DV-Ausschuß an der Fortschreibung der DV-Versorgungsstruktur der BTU Cottbus mit.

(3) Das Rechenzentrum und die Bibliothek arbeiten gemeinsam an Lösungen zur Einführung und Nutzung benutzergerechter Dienstleistungen in Koexistenz von digitalen und konventionellen Zugangswegen zu Literatur und Information für Forschung, Studium, Lehre und Verwaltung.

### **§ 33 An-Institute**

Wissenschaftliche Einrichtungen des nichtuniversitären Bereichs können auf Beschluß des Senats als An-Institute der BTU Cottbus geführt werden. Sie sind berechtigt, die Bezeichnung An-Institut der BTU Cottbus zu führen. Diese Berechtigung ist zunächst auf 5 Jahre zu befristen und kann auf Antrag verlängert werden. Durch Kooperationsverträge sind die konkreten Formen der Zusammenarbeit zu regeln.

## **8. Abschnitt: Haushalt**

### **§ 34 Beitrag zum Haushaltsvoranschlag**

(1) Die Anmeldung der benötigten Personal- und Sachmittel erfolgt in einem Beitrag der BTU zum Haushaltsvoranschlag.

(2) Der Entwurf des Beitrages wird vom Kanzler aufgestellt und von der Senatskommission Planung und Finanzen und vom Rektorat beraten. Der Senat nimmt zu dem Entwurf Stellung. Will der Kanzler bei der Aufstellung des Beitrages zum Haushaltsvoranschlag der Stellungnahme des Senats nicht entsprechen, so hat er dies vor dem Senat zu begründen. Der Senat ist berechtigt, eine von der Aufstellung des Kanzlers abweichende Stellungnahme dem Beitrag zum Haushaltsvoranschlag anzufügen.

### **§ 35 Mittelverteilung**

(1) Auf Vorschlag der Senatskommission Planung und Finanzen und des Rektorats beschließt der Senat über die Verteilung der Personal- und Sachmittel auf die Fakultäten und anderen Organisationseinheiten.

(2) Personal- und Sachmittel der BTU werden den Fakultäten und anderen Organisationseinheiten zugewiesen. Bei der Verteilung ist für Fälle eines während des Haushaltsjahres eintretenden dringenden, nicht vorhersehbaren Bedarfs eine ausreichende zentrale Reserve zu bilden. Die Fakultäten und andere Organisationseinheiten sind dem Kanzler über die Verteilung von Personal- und Sachmitteln rechenschaftspflichtig.

## **9. Abschnitt: Schlußvorschriften**

### **§ 36 Änderung der Grundordnung**

Das Konzil beschließt über Änderungen dieser Grundordnung. Änderungen bedürfen der Zustimmung von 2/3 der Mitglieder des Konzils sowie der Genehmigung durch den Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur.

Änderungsvorschläge werden von einem Viertel der Konzilsmitglieder oder vom Senat eingebracht.

### **§ 37 Inkrafttreten**

Diese Grundordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der BTU Cottbus in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Konzils der BTU vom 15.10.1997 sowie der Genehmigung des Ministers für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg vom 02.07.1997.

Cottbus, den 12.11.1997

Der Rektor

Prof.Dr.rer.nat.habil. E. Sigmund